

Bei Darstellungsproblemen klicken Sie bitte hier.

TAGESSPIEGEL DIGITALISIERUNG & KI **BACKGROUND**

Das tägliche Entscheider-Briefing zu Digitalisierung & KI, 01.11.2019

Sehr geehrte Frau Schröder,

heute gibt es einen Grund zum Feiern: Vor einem Jahr sind wir mit dem **Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI** offiziell gestartet. Wir bedanken uns bei Ihnen sehr herzlich für das **große Interesse** und freuen uns darauf, Sie weiterhin werktäglich über die wichtigsten Themen zur Regulierung und Förderung der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz zu informieren.

Den **Bundesverband Deutsche Start-ups** gibt es schon länger als uns. Sieben Jahre stand **Florian Nöll** an der Spitze des von ihm gegründeten Branchenverbands. Im **Interview** mit Oliver Voß zieht Nöll nun Bilanz. Er erzählt, wer ihn besonders überrascht hat und was die Politik noch dringend ändern sollte – und er verrät, wohin es nun für ihn geht.

Wohin es mit der **Abwärme** der Rechenzentren in Zukunft geht, soll ebenfalls geklärt werden. Handlungsbedarf sehen Kritiker nämlich bei deren enormen Energieverbrauch. Um die Serverparks **umweltfreundlicher** zu machen, fehlen bisher jedoch die Anreize, berichtet Anna Parrisius.

Wenn es nach der Programmiererin **Aya Jaff** geht, werden Daten bald ohnehin auf künstlich erzeugter DNA gespeichert, die millionenfachen Speicherplatz bietet und damit viel weniger Energie verbraucht. Wie Technologie die Welt verbessern kann, darüber diskutierte gestern auf 3048 Metern Höhe die Digitale Bewegung, darunter Vodafone-Chef **Hannes Ametsreiter**, Digitalratsmitglied **Chris Boos** und Nesta-Direktorin **Valerie Mocker**. Miriam Schröder war dabei und fasst die Kernbotschaften zusammen.

Alle Artikel im Überblick:

- Nöll: „Der Gesetzgeber muss den Finanzierungskreislauf schließen“
- Green IT: Warum Rechenzentren ihre Abwärme nicht nutzen
- Spielefirma Blizzard: Wie der Umgang mit China zum PR-Desaster wird
- Tech for Good: Warum Technologie kein Selbstzweck sein darf
- Autonomes Fahren: Wer ist Schuld, wenn's knallt?
- Merkel in Indien: Austausch über KI und E-Rikschas
- Spionage: Hochrangige Regierungsmitarbeiter per WhatsApp ausgespäht
- Werbe-Stopp bei Twitter: Deutsche Parteien reagieren verhalten
- Im Porträt: Marietje Schaake, Director for International Policy am Cyber Policy Center der Universität Stanford

Dorothee Bär: „Zu satt für die Digitalisierung“ [faz.net](https://www.faz.net)
Twitter stoppt politische Werbung [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)
Google setzt mehr denn je auf München [faz.net](https://www.faz.net)
Überwachung am Arbeitsplatz: „Das Kontrollpotential ist riesengroß“ [netzpolitik.org](https://www.netzpolitik.org)
Ist der Digitalpakt eine große Verschwendung? [faz.net](https://www.faz.net)
Sinkende Chip-Preise treffen Samsung hart [n-tv.de](https://www.n-tv.de)
Rudy Giuliani needed Apple genius help to unlock his iPhone after being named
Trump cybersecurity adviser [nbcnews.com](https://www.nbcnews.com)
Merkel zieht sich zurück – von den Medien [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de)
China überholt die USA bei 5G [golem.de](https://www.golem.de)
Netflix Expands Into a World Full of Censors [nytimes.com](https://www.nytimes.com)
Google raises ‘confidentiality’ alarms about state antitrust probe, claiming key
consultants have ties to its rivals [washingtonpost.com](https://www.washingtonpost.com)
Apple macht mehr Umsatz – und setzt dabei immer weniger auf das iPhone
[handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)
Wie das kleine Land Israel zur großen Start-up-Nation wurde [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)
Wo Digitalisierung Jahrzehnte dauert [zeit.de](https://www.zeit.de)
25 Jahre BfArM: Hohe Ansprüche, aber bescheidene Erfolge bei der Digitalisierung
[aerztezeitung.de](https://www.aerztezeitung.de)
Amazon plant Verteilzentrum in Bayreuth [welt.de](https://www.welt.de)
Uber allegedly paid \$100,000 ransom and had hackers sign NDAs after massive data
breach [cbsnews.com](https://www.cbsnews.com)
Facebook, Google Need to Win Public Trust Handling Health Data
[news.bloomberglaw.com](https://www.news.bloomberglaw.com)
Twitter says government demands for user data continue to rise [techcrunch.com](https://www.techcrunch.com)
RBI asks Indian banks to probe alleged data leak of 1.3 mln cards [nasdaq.com](https://www.nasdaq.com)
How data is taming South Africa's infamous taxibuses [cnn.com](https://www.cnn.com)

„Der Gesetzgeber muss den Finanzierungskreislauf schließen“

Nach sieben Jahren an der Spitze des Start-up-Verbandes tritt Florian Nöll ab. Im Interview sagt er, was sich in dieser Zeit getan hat, wer ihn besonders überrascht hat und was die Politik noch dringend ändern sollte.

 [Artikel weiterempfehlen](#)



Herr Nöll, Sie hören nach sieben Jahren an der Spitze des Start-up-Verbandes auf, wo geht es nun hin?

Ich übernehme bei PwC die Leitung der NextLevel-Initiative und kümmere mich damit um alles, was mit Start-ups zu tun hat. Ein zentraler Punkt dabei ist es aber auch, Brücken zwischen Start-up-Welt und Industrie zu bauen. Zudem kann ich mich auch bei der digitalen Transformation von PwC selbst einbringen. Ich arbeite damit auch das erste Mal für eine Organisation, die ich nicht selbst gegründet habe. Das ist für mich schon aufregend, für andere ja eher andersherum.

Der Wechsel lief jetzt nicht so glatt. Der Verband musste einige Mitarbeiter entlassen und die Wahl Ihres Nachfolgers auf Dezember verschieben. Was ist da los?

Eigentlich lief alles nach Plan. Mit Franziska Teubert und Christoph Stresing gibt es zwei neue Geschäftsführer und dazu Christian Miele als designierten Nachfolger. Ich werde auch für 2018 einen positiven Jahresabschluss vorlegen, dieses Jahr lief wirtschaftlich aber nicht so gut, das haben wir zum Anlass genommen, einige Dinge zu hinterfragen. Ich finde es auch fair, dass sich die Nachfolger nicht um Altlasten kümmern müssen.

Was ändert sich?

Wir stellen uns in den Bereichen Veranstaltungen und Plattformen neu auf. Vor allem Veranstaltungen haben immer hohe, auch finanzielle Risiken, da setzen wir nächstes Jahr auf Qualität statt Quantität. In den 30 Plattformen, die anderswo Arbeitskreise heißen, organisieren sich die Mitglieder nach Branchen und Technologien. Da haben wir mit Hilfe von Industrie-Sponsoren hauptamtliche statt ehrenamtlicher Mitarbeiter eingestellt, müssen aber noch das richtige Geschäftsmodell finden und sehen, wie wir das organisieren.

Es gab auch Vorwürfe, Gelder seien nicht korrekt abgerechnet worden, was ist da dran?

Wir sind sieben Jahre ohne Vereinsmeierei ausgekommen und jetzt gab es mal den Versuch, eine Schlammschlacht loszutreten, vielleicht aus persönlicher Enttäuschung. Aber wir lassen nun noch einmal einen Wirtschaftsprüfer auf die Finanzen schauen und werden bei der Mitgliederversammlung im Dezember zeigen, dass solche Behauptungen gegenstandslos sind.

Blicken wir auf die sieben Jahre zurück: Was gab damals überhaupt den Ausschlag, den Verband zu gründen?

Sascha Schubert und ich haben vorher schon Start-up-Veranstaltungen organisiert und dabei auch mal Politiker eingeladen. Dabei zeigte sich, dass damals 2012 die wenigsten im Politiksystem verstanden, was Start-ups sind und brauchen.

Wie äußerte sich das?

Der damalige Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit sagte, das nächste Facebook müsse aus Berlin kommen. Wir entgegneten, dass Facebook schon vor dem Börsengang 800 Millionen Dollar von Investoren bekommen hatte, so viel wie alle deutschen Start-ups zusammen in dem Jahr zur Verfügung hatten. Der damalige Telekom-Chef Obermann erzählte der Kanzlerin, dass Start-ups keinen Wert auf Netzneutralität legen. Da haben wir uns schon gefragt, warum der Telekom-Chef für uns spricht und das Gegenteil von dem sagt, was wir denken. Es war also Zeit für eine eigene Interessenvertretung.

Versteht die Politik inzwischen die Start-up-Szene?

Wissen und Verständnis sind sicher wesentlich breiter, aber wir leiden an der mangelnden Umsetzungsstärke der Politik. Wobei die ja nicht nur uns betrifft. Wir sind Gefangene von Politikern, die wissen, was zu tun ist, aber es nicht tun.

Woran liegt das?

Die Regierungsparteien sind scheinbar mehr mit sich beschäftigt, als mit der eigentlichen Arbeit. Die Union hat eine neue Vorsitzende gesucht und führt Personaldebatten, die SPD nimmt sich gerade 190 Tage Zeit, um eine neue Spitze zu suchen. Dazu kommen externe Einflüsse wie die offene Brexit-Frage oder ein US-Präsident, der jeden Tag für Überraschungen gut ist. Dadurch findet jeden Tag eine innere und äußere Ablenkung statt. Gleichzeitig rächt sich, dass wir kein Digitalministerium und keine klare Verantwortung für das Thema haben. So sind alle ein bisschen zuständig und arbeiten auch nur ein bisschen daran. Wobei es ja in den vergangenen Jahren auch enorm positive Entwicklungen gab.

Nämlich?

Die Summe des jährlich verfügbaren Wagniskapitals ist von damals 800 Millionen auf zuletzt 4,6 Milliarden Euro gestiegen. Und wir haben mit N26, Auto1, Flixbus oder Getyourguide einige Unternehmen, die inzwischen solche Finanzierungssummen wie damals Facebook erhalten haben oder auf gutem Weg dahin sind.

Können wir also jetzt mit den USA mithalten?

Es zeigt auf jeden Fall, dass die Gründer hierzulande nicht schlechter sind. Das Problem ist aber einerseits, dass die Amerikaner ja nicht stehen geblieben sind und das Volumen des Venture Capital dort im gleichen Zeitraum von 20 auf 130 Milliarden Dollar gestiegen ist. Und auch von den großen Summen hierzulande kommt das Geld zum Großteil aus dem Ausland. Wir sind stolz auf unsere 1.400 hidden champions die in alle Welt exportieren, aber wir investieren also weiterhin nicht genug Geld in die nächste Generation von High-Tech-Champions.

Die Regierung verweist dann gern auf ihre Förderprogramme wie Exist, den High-Tech-Gründer-Fonds oder Coparion. Wieso reichen die nicht?

Die sind gut und wichtig. In der frühen Phase ist der Staat sogar der maßgebliche Investor, da kommt ungefähr 70 Prozent aus öffentlichen Töpfen. Doch in späteren Finanzierungsphasen wird er dann aus den Gesellschafterlisten von ausländischen Investoren mit sehr tiefen Taschen verdrängt. Und wenn es zum Exit kommt, der hierzulande wegen regulatorischer Hürden eher ein Verkauf statt ein Börsengang ist, dann werden zwei von drei Start-ups ins Ausland verkauft. Das Land fördert also am Anfang Start-ups mit viel Einsatz und partizipiert aber kaum an der Wertschöpfung, die am Ende entsteht. Daher ist der Gesetzgeber gefragt, jetzt einmal entschlossen den Finanzierungskreislauf von der Idee bis zum Börsengang zu schließen.

Was müsste er dafür tun?

Wir wissen seit langem, dass Versicherungen und Pensionskassen für den Großteil des Wagniskapitals in den USA verantwortlich sind. Wir brauchen auch hier entsprechende Anreize. Bisher investiert der Staat über die verschiedenen Programme jedes Jahr 500 Millionen Euro in Start-ups. Diese Summe sollte noch einmal verdoppelt werden, dann würden durch die Hebelwirkung nochmal 4,5 bis 5 Milliarden Kapital mobilisiert werden. Dann hätten wir eine gute Ausstattung.

Genau dafür hat die Koalition die Auflage eines großen nationalen Digitalfonds mit der Industrie vereinbart. Rechnen Sie noch damit?

Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Aber es macht sich Ungeduld breit, wenn man bedenkt, dass wir bei den Gesprächen mit Jens Spahn in seiner Zeit als Staatssekretär im Finanzministerium schon fast genauso weit waren wie jetzt. Da sind zwei Jahre verloren gegangen. Und auch sonst hoffe ich, dass von der Bundesregierung noch etwas kommt, aber für große Würfe wird die Zeit langsam knapp. [Man schaut schon manchmal ein bisschen neidisch nach Frankreich](#), wo Macron die Szene in den Elysee-Palast einlädt und nicht nur Versprechen macht, sondern auch Maßnahmen einleitet.

Was sollte man sich von Frankreich abgucken?

Er spannt jetzt beispielsweise Versicherungen als Investoren ein, interessanterweise ist auch die Allianz dabei. Es gibt also kein Argument mehr, dass sie es in Deutschland nicht auch könnten. Dann hat er das [Ziel von 25 Unicorns bis 2025](#) ausgegeben. Das ist Industriepolitik, denn Macron hat verstanden, dass aus der *new economy* letztlich *the economy* werden kann, wie in den letzten 20 Jahren in den USA. In Deutschland dagegen ist immer noch nicht bei allen der Groschen gefallen, wie wichtig die Digital- und Start-up-Welt als zukünftige Säule der Wirtschaft ist.

Welcher deutsche Politiker hat Sie dabei in den vergangenen Jahren am positivsten überrascht?

Brigitte Zypries, da fand ich beeindruckend, dass sie als ehemalige Bundesministerin nochmal als Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium gewirkt hat. Sie hatte damals 2013 nur ein Grundwissen zum Thema und hat das mit unglaublicher Neugierde schnell ausgeglichen. Und sie ist auch jetzt noch ein gern gesehener Gast auf Start-up-Veranstaltungen.

Und wer hat am meisten enttäuscht?

Das aktuelle Kabinett insgesamt. Wer dabei dann welche Verantwortung hat, kann sich jeder selbst überlegen. Spätestens mit dem aktuellen Koalitionsvertrag haben wir ja kein Erkenntnisproblem mehr. Wir hatten als Verband zehn Dinge gefordert, die uns wichtig waren, in den Vertrag wurden sogar dreißig geschrieben. Es gibt also eine To-Do-Liste, mit der man massiv neue Technologien und die Start-up-Szene in Deutschland stärken könnte. Es ist langsam nicht mehr zu verstehen, warum man das dann nicht einfach macht.

Das Interview führte Oliver Voß.

Green IT: Warum Rechenzentren ihre Abwärme nicht nutzen

Der Energieverbrauch von Rechenzentren ist enorm. Um die Serverparks umweltfreundlicher zu machen und die Abwärme zu nutzen, fehlen bisher die Anreize. Betreiber und Opposition sehen die Regierung am Zug.

 [Artikel weiterempfehlen](#)

Künstliche Intelligenz (KI) soll helfen, die Energiewende zu realisieren, und Smart-Home-Geräte unseren Energieverbrauch senken. Doch gerade datenintensive

Anwendungen wie KI, das Internet of Things oder der neue Mobilfunkstandard 5G verbrauchen an anderer Stelle viel Energie: in den **Rechenzentren**, die die Datenmengen verarbeiten. Rund **53.000 Data-Center** gab es 2017 in Deutschland, sie verbrauchten auf das Jahr gerechnet rund **13,2 Milliarden Kilowattstunden Strom** – ähnlich viel wie das Land Berlin. Dies ergab eine [Berechnung des Borderstep Institut](#). In Frankfurt am Main, wo es besonders viele Data-Center gibt, verbrauchen sie mit einem Anteil von 20 Prozent am Gesamtstromverbrauch am meisten, sogar mehr als der Frankfurter Flughafen.

Abwärme besser nutzen

Die verbrauchte Energie könnten Rechenzentren in Deutschland eigentlich viel effizienter nutzen: Da ihre Server sich beim Betrieb erhitzen, müssen Betreiber sie kontinuierlich kühlen, wobei wiederum Wärme entsteht. Doch diese **Abwärme verpufft meist ungenutzt**. Anders ist es in Schweden, dort gibt es laut einem [Whitepaper des Netzwerks energieeffiziente Rechenzentren \(NeRZ\) und vom Digitalverband Eco](#) bereits **30 Rechenzentren**, die ihre **Abwärme in das Fernwärmenetz einspeisen**. Bis 2035 soll ein Zehntel des Heizbedarfs von Stockholm so gedeckt werden.

Auch Data-Center-Betreiber hierzulande sehen das Potenzial: Bei einer Umfrage des NeRZ gab die Hälfte der befragten Anbieter an, eine Nutzung der Abwärme berge „mittlere bis sehr hohe Einsparpotenziale“. Ebenfalls die Hälfte von ihnen sehen jedoch nicht, wie sie das Verfahren **wirtschaftlich nutzen** könnten. Dabei handele es sich eigentlich um „ein recht einfaches Thema“, meint **Béla Waldhauser**, CEO von Telehouse, einem der großen Player der Branche, und Sprecher der 2018 gegründeten [Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen in Deutschland](#). Mit der Wärme, die Rechenzentren abgeben, ließen sich angeschlossene Aufenthaltsräume und Gebäude oder ganze Wohnblocks beheizen. Im Sommer lässt sie sich auch in Kälte umwandeln, noch dazu ohne den Einsatz klimaschädlicher F-Gase, heißt es im Whitepaper.

Bisher keine wirtschaftlichen Anreize

Tatsächlich fördert das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) bereits Effizienzverbesserungen von Unternehmen, wenn sie in **effizienzsteigernde Maßnahmen** investieren. Das eigentliche Problem der Betreiber seien jedoch nicht die Investitionskosten, sagt **Ralph Hintemann**, leitender Forscher am Borderstep Institut und einer der Autoren des Whitepapers. Vielmehr scheuten die Betreiber **hohe laufende Kosten**. Aufgrund der **hohen Strompreise** in Deutschland sind diese im internationalen Vergleich sowieso recht hoch, weswegen Deutschland auch an Attraktivität bei Data-Center-Betreibern verliert.

Für die meisten Betreiber sei daneben von Nachteil, dass Rechenzentren in Deutschland **mehrheitlich noch mit Luft gekühlt** werden. Im Vergleich zur neuen Methode mit **Wasser** ist diese Kühlung ineffizienter. Die Luft erwärmt sich dabei nur auf rund 30 bis 35 °C, womit man nicht einmal Wasser erhitzen könnte. Um die Abwärme nutzen zu können, brauche es eine Wärmepumpe. „Da Strom für Wärmepumpen mit der **EEG-Umlage** belegt ist, lohnt sich das für die Betreiber aber nicht“, sagt Waldhauser. Deshalb sollten Rechenzentren wie auch das produzierende Gewerbe von der Umlage befreit werden.

Die Investitionsförderungen vom Bund änderten auch nichts daran, dass Data-Center-Betreiber oft **keine geeigneten Abnehmer** für die Abwärme sehen. In diesem Bereich müssten sich die **Kommunen** mehr engagieren, findet Waldhauser. „Bei **Neubaugebieten** sollte Nachhaltigkeit von Anfang an mitgedacht werden“, sagt er. „Dann könnte zum Beispiel um Rechenzentren herumgebaut werden.“ Positiv

bewertet Waldhauser, dass **Frankfurt** bereits einen **Abwärmekataster** erstellt hat. Telehouse plane momentan mit dem Frankfurter Energieversorger **Mainova**, die Abwärme neuer Rechenzentren für die Beheizung einer Einheit mit 12.000 Wohnungen zu nutzen.

Neue Regulierung für Energieversorger?

Damit sei Telehouse noch eine Ausnahme, denn Energieversorger hätten meist kein Interesse daran, Rechenzentren Abwärme abzunehmen, da sie selbst Wärme oder Kälte verkaufen. Dieses Problem bestätigt **Dieter Janecek**, Bundestagsabgeordneter der Grünen und Obmann im Digitalausschuss. Er fordert, Energieversorger in die Pflicht zu nehmen. Rechenzentren müssten zudem dazu angehalten werden, ihren **Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien** zu decken und neueste Technik, wie die Wasserkühlung, einzusetzen.

Bei der [92. Umweltministerkonferenz](#) im Mai dieses Jahres beschlossen die Umweltminister und -senatoren eine **Green-IT-Initiative der Länder** und benannten dabei „Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren“ als **zentrales Handlungsfeld**. Mit der Initiative ist vor Mai 2020 allerdings nicht zu rechnen. Das Bundesumweltministerium (BMU) unterdessen dafür sorgen, dass „im Aufbau befindliche Rechenzentren des Bundes die Kriterien des **Blauen Engels für den energieeffizienten Rechenzentrumsbetrieb** einhalten“. Abwärmenutzung ist beim Umweltzeichen „Blauer Engel“ jedoch noch kein verpflichtendes Kriterium. Dies einzufordern, sei „derzeit noch unrealistisch“, sagt eine Sprecherin des zuständigen Umweltbundesamtes, schließlich würden Rechenzentren überwiegend noch mit Luft klimatisiert und die Wärme ließe sich so nicht sinnvoll nutzen.

Start-ups experimentieren mit Wasserkühlung

Cloud & Heat, ein Dresdner Start-up, realisiert bereits seit 2011 Rechenzentren, deren Abwärme genutzt wird. Im Eurotheum in Frankfurt am Main, in dem früher die EZB saß, hat das Unternehmen auf zwei Etagen ein Rechenzentrum eingerichtet, dessen Abwärme direkt im Hochhaus genutzt wird. Dadurch können pro Jahr rund 40.000 Euro für Heizenergie eingespart werden, was dem Verbrauch von 150 Niedrigenergiehäusern entspricht.

Cloud & Heat setzt dabei auf kleine, dezentral verteilte Rechenzentren und Wasserkühlung. Gründer und CTO **Jens Struckmeier** hält es für eine Frage der Zeit, bis die Luftkühlung bei Rechenzentren in Deutschland überholt sein wird. Bei den wachsenden Datenmengen seien Prozessoren mit immer **höheren Leistungsdichten** nötig, die dann auch mehr Wärme abstrahlten und sich schlichtweg nicht länger mit Luft kühlen ließen. „Deutschland verschenkt momentan Potenziale“, sagt Struckmeier. „Rechenzentren werfen viel Geld ab, daher haben die Betreiber wenig Interesse daran, auf umweltfreundlichere, stromsparende Alternativen umzustellen.“



Paul Dalg

Spielefirma Blizzard: Wie der Umgang mit China zum PR-Desaster wird

Auf der Hausmesse des Spiele-Riesen Blizzard könnte es heute ungemütlich werden. Die Fans des Unternehmens haben Proteste angekündigt und werfen dem Unternehmen vor, sich vor dem

chinesischen Staat zu beugen. Auch politisch zieht der Streit Kreise, ein Sponsor hat sich bereits verabschiedet.

 [Artikel weiterempfehlen](#)

Die Blizzcon ist für den amerikanischen Spielehersteller **Blizzard** der wichtigste Termin des Jahres. Auf der so betitelten Hausmesse stellt das Unternehmen in einem Vorort von Los Angeles jährlich die kommenden Spiele-Hits vor und überträgt E-Sport-Events. World of Warcraft, Diablo, Overwatch oder Hearthstone: Was die Amerikaner in der Vergangenheit auf den Markt brachten, verkaufte sich ausgezeichnet: 2018 machte Blizzard einen Jahresumsatz von 2,3 Milliarden Dollar.

Das Unternehmen befindet sich mitten in einem Shitstorm

Im letzten Jahr besuchten mehr als **40.000 Besucher** die Veranstaltung. Trotz ausgebuchter Hallen könnte die Beziehung zwischen Blizzard und seinen Fans aktuell allerdings kaum schlechter sein. Der Oktober entwickelte sich zu einem wahren **PR-Desaster**.

Schuld für die Menge an negativem Feedback, das sich gegen Blizzard im Netz sammelt, ist der Umgang der Firma mit Spielern, die sich mit den **Hongkong-Protesten** solidarisiert haben. Anfang Oktober gewann der E-Sport-Profi Chung „Blitzchung“ Ng Wai ein Turnier in der offiziellen Asia-Liga von Hearthstone, einem Online-Kartenspiel von Blizzard. [Im Interview nach dem Sieg](#) solidarisierte sich Ng Wai, der selbst aus Hongkong stammt, mit den Protestgruppen in der Stadt. „Befreit Hongkong, die Revolution unserer Zeit“ sagte er, während er mit Schutzbrille und Atemmaske das Outfit der Protestierenden nachahmte.

Blizzard sprach prompt eine 12-monatige Sperre aus und froh die Gewinne des E-Sportlers ein. Auch die Moderatoren, die während der Szene nicht eingriffen, wurden entlassen. In sozialen Netzwerken riefen Spieler daraufhin zu Protesten und Boykott von Blizzard-Produkten auf, im Online-Forum [Reddit](#) sammelten sich über **5.500 größtenteils negative Kommentare**, auf Twitter gehörte #Blizzardboycott kurzzeitig zu den beliebtesten Hashtags.

Unterschiedliche Statements für China und die westliche Welt

Als dann ein Teil der Blizzard-Mitarbeiter am Stammsitz in Kalifornien für einen Tag die Arbeit niederlegten, reagierte der Blizzard-Präsident **J. Allen Brack** schließlich mit [einem offiziellen Statement](#). Darin heißt es, die Art der von Ng Wai geäußerten politischen Ansichten seien für die Suspendierung nicht ausschlaggebend gewesen – man versuche lediglich, auf alle Spieler in allen Ländern der Welt Rücksicht zu nehmen. Daher wäre auch jede andere politische Äußerung geahndet worden. „Ich möchte ganz deutlich sein: Unsere **Beziehung zu China** hatte keinen Einfluss auf unsere Entscheidung“, schreibt Brack.

Der amerikanische E-Sport-Analyst **Rod Breslau** zeigte sich davon wenig überzeugt. Er kommentierte auf [Twitter](#), entweder müsse man die Erklärung als „totalen Schwachsinn“ abtun oder aber sie beweise schlicht, wie unfähig die Führungsspitze des Unternehmens sei, mit dem Vorfall umzugehen. Der demokratische US-Senator **Ron Wyden** [schreibt](#), Blizzard erniedrige sich, um China zu gefallen.

Dass sich der Protest nicht beruhigt, liegt auch daran, dass es widersprüchliche Statements gibt. Während sich Blizzard im englischsprachigen Bereich des Internet um ausgleichende Worte bemüht, schlägt man in den **chinesischsprachigen Netzwerken** ganz andere Töne an. Dort heißt vom offiziellen Hearthstone-Account zu

der Causa Blitzchung: Man sei bestürzt und verärgert über die Geschehnisse und werde die Verbreitung persönlicher politischer Glaubensbekenntnisse weiter eindämmen. Außerdem werde man den „**Stolz Chinas**“ immer respektieren und verteidigen.

US-Politiker mahnen die eigene Industrie zu mehr Haltung

Mitte Oktober wenden sich fünf Kongressabgeordnete, darunter der Republikaner **Marco Rubio** und die Demokratin **Alexandria Ocasio-Cortez**, in [einem gemeinsamen Schreiben](#) an Blizzard. Neben Enttäuschung über das Verhalten des Unternehmens äußern sie Sorge, dass Blizzards Entscheidungen in der Industrie zu einem Domino-Effekt führen könnte und mahnen zum Umdenken. Wer wie Blizzard als Unternehmen für sich in Anspruch nehme, für freie Meinungsäußerung einzustehen, dürfe auch in seinem Handeln trotz der Marktmacht Chinas von diesen amerikanischen Tugenden nicht abweichen.

Tatsächlich befindet sich Blizzard mit seinem Umgang gegenüber China bereits in bester Gesellschaft: Nach einer Intervention Chinas entfernte Apple eine App, die die Hongkong-Protestierenden für ihre Koordination genutzt hatten. Auch die nordamerikanische Basketball-Profiliga ist derzeit auf der Suche nach einem klaren Kurs, nachdem China wegen eines kritischen Tweets eines Basketballteam-Inhabers sämtliche Fernsehübertragungen und Werbevereinbarungen gekündigt hat. Bis zu einer halben Milliarde Euro Umsatz könnte den NBA-Teams dadurch nun fehlen, rechnen Analysten.

Auch Blizzard muss neben den öffentlichen Protesten bereits wirtschaftliche Nachteile verbuchen: **Mitsubishi Motors** Taiwan stehe als Sponsor für die asiatische Hearthstone-Meisterschaft nicht weiter zur Verfügung, erklärte eine Sprecherin dem US-Medium „[The Daily Beast](#)“ Mitte der Woche.

Der Fall zeigt, wie schwer sich Unternehmen damit tun, sich zwischen einem eindeutigen Bekenntnis zu westlich-demokratischen Werten und der **Sicherung von Absatzmärkten im Osten** zu entscheiden. Zwar macht der asiatische Markt für Blizzard derzeit nur 12 Prozent des Umsatzes aus, doch gleichzeitig ist Chinas Bevölkerung für die Spielewirtschaft mit Abstand der wichtigste Wachstumsmarkt.

Für den Zugang zum Markt ist das Unternehmen auf die Gnade Chinas angewiesen – nur durch eine Kooperationsvereinbarung mit der chinesischen Firma NetEase ist es den Amerikanern überhaupt gestattet, Spieleserver auch innerhalb des chinesisch kontrollierten Teil des Internets zu betreiben. Und als sich Blizzard 2013 von dem kränkelnden Vivendi-Konzern loskaufte, sprang der chinesische Konzern **Tencent** als Geldgeber ein. Noch immer soll Tencent fünf Prozent der Firma halten.

Am Wochenende könnten die Proteste erneut hochkochen

Mit Blick auf die das ganze Wochenende stattfindende Messe wird sich Blizzard also genauestens überlegen müssen, welche Statements und Interviews auf der Veranstaltung zulässt. Klar ist: Auch in China werden zahlreichen Fans die Spiele-Ankündigungen und E-Sport-Matches verfolgen. Kritiker haben bereits angekündigt, Kommentarspalten aller Live-Übertragungen mit Sympathiebekundungen für die pro-demokratische Bewegung in China zu fluten.

Ein Blizzard-Sprecher erklärte gegenüber dem [US-Magazin „Kotaku“](#), konstruktive Kritik sei auch in diesem Jahr willkommen. Man werde sich aber gleichzeitig mit „neuen Maßnahmen“ bemühen, das Event für alles Beteiligten noch sicherer angenehm für alle zu machen. Wie schon in den Vorjahren müssen Besucher, die an

offenen Fragerunden mit Firmenvertretern teilnehmen wollen, ihre Fragen vorher zur **Freigabe durch Blizzard** einreichen.



Miriam
Schröder

Technologie darf kein Selbstzweck sein

Tech for Good, lautete das Motto des dritten Giga-Gipfels. Die digitale Bewegung glaubt daran, dass Technologie die Welt zum Besseren verändern kann. Wie das gehen soll, darüber wurde gestern auf 3048 Metern Höhe debattiert. Herausgekommen sind sechs Kernbotschaften.

Gibt es **gute Technologie**? Und was können wir dafür tun, damit neue Technologien einen Mehrwert nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Menschen und Umwelt schaffen? Darüber diskutierte gestern die „Digitale Bewegung“, eine Gruppe aus rund 60 Visionärinnen und Visionären, die zum dritten Mal auf Einladung von Tagesspiegel, Handelsblatt, Wirtschaftswoche und Ada zum sogenannten Gigagipfel zusammenkam – auf 3048 Metern Höhe im österreichischen Sölden.

Für Vodafone-Chef **Hannes Ametsreiter** ist die Technologie-Debatte in Deutschland zu stark von Angst geprägt. Ihm fehlt die große Vision: Autos, die nie wieder kollidieren, Mobilität, die günstiger und für mehr Menschen verfügbar wird. „Neues kann ich nur auf **Zuversicht und Mut** aufbauen“, sagt Ametsreiter.

Für Heinrich Birner, Geschäftsführer von Verdi in München, ist die Angst vor einem digitalen Prekariat aber eine reale: Wer wolle, dass die Menschen den technologischen Wandel begrüßten, müsse ihnen die **Folgen erklären**, meint Birner.

Was gute und was schlechte Technologie sei, meint **Chris Boos**, Gründer der KI-Firma Arago und Mitglied im Digitalrat der Bundesregierung, darüber bestimmten die Grundwerte einer Gesellschaft. Die berühmte Frage, wohin das selbstfahrende Auto im Ernstfall steuert, würden Deutsche anders beantworten als Amerikaner. „In Indien“, sagt Boos, „rettet man im Zweifel die Kuh.“

„Es gibt **keinen moralischen Code**“, sagt auch **Aya Jaff**. Die 21-jährige Programmiererin glaubt daran, dass ihre Generation die Welt gerade zum Besseren verändert, auch mit Hilfe von Tech. Der beste Code, sagt Jaff, entstehe im Team. Sie wünscht sich, dass die **verschiedenen Disziplinen enger zusammenarbeiten**. So seien es Bio-Informatiker gewesen, die kürzlich herausfanden, dass man Daten auf künstlichen DNA-Strängen speichern und enorm viel Energie dabei sparen kann.

„Tech for Good, das klingt wie ein Wohlfühlthema“, meint **Valerie Mocker**, Direktorin der gemeinnützigen Innovationsstiftung Nesta aus London. Dabei sei es anstrengend, **bestehende Strukturen** zu verändern. Für Mocker gibt es zwei Wege, mit Digitalisierung umzugehen: „Es gibt Gladiatoren, die Neues wagen, **ohne Rücksicht auf das, was andere von ihnen denken**. Und es gibt Marshmallows, die sitzen oben auf den Rängen und kritisieren bloß.“

Die Bewegung hat sechs Kernbotschaften formuliert:

1. Wir müssen Technologie stets so entwickeln, dass sie den Menschen ermächtigt und in der Verantwortung hält.
2. Technologie darf kein Selbstzweck sein: Sie darf nicht Probleme kreieren, die sie dann zu lösen versucht.
3. Technologie muss nachhaltige Entwicklungen fördern und für so viele Menschen wie möglich problemlos nutzbar sein.
4. Wir brauchen Technologien, um Ressourcen weltweit fairer und nachhaltiger einsetzen zu können.
5. Die für KI verwendeten Daten müssen transparent sein, aus vertrauenswürdigen Quellen stammen, diskriminierungsfrei verwendet und datenschutzkonform erhoben werden.
6. Wir müssen besser erklären, wie Technologie funktioniert und welche Chancen sich daraus für die Gesellschaft ergeben.

Background Nachrichten

Autonomes Fahren: Wer ist Schuld, wenn's knallt?

Wer ist verantwortlich, wenn ein **Roboter-Auto** einen **tödlichen Unfall** (mit-) verursacht: Mensch oder Maschine? Das ist eine der großen ethischen Fragen beim autonomen Verkehr: Um herauszufinden, wie Leute über diese Schuldfrage denken, hat ein Forschungsteam vom **Max-Planck-Institut** (MPI) für Bildungsforschung, vom **Massachusetts Institute of Technology** (MIT) und der **University of Exeter** diese Frage fast 5.000 Menschen gestellt.

Für die Befragung waren **verschiedene Szenarien entwickelt** worden, in denen teilautonome Fahrzeuge in tödliche Unfälle involviert waren. In den Fällen, in denen Mensch und Maschine sich die Kontrolle über das Fahrzeug teilten und **beide einen Fehler** machten, gaben die Befragten eher dem **Menschen die Schuld** an dem Unfall als der intelligenten Maschine.

Warum Menschen eher anderen Menschen die Schuld geben und nicht den autonomen Fahrzeugen, sei eine **offene Frage**, heißt es in der Studie, die diese Woche in „[Nature Human Behaviour](#)“ veröffentlicht wurde. Generell würden Menschen dazu neigen, Ursachen für Ereignisse eher anderen Menschen zuzuschreiben, als dem Zufall oder der Umwelt. Ein von **Künstlicher Intelligenz** gesteuertes Fahrzeug sei in unserer Vorstellung – bisher – **kein eigenständiger Akteur**, der Handeln und frei entscheiden kann. Deshalb würden Menschen dazu tendieren, **Maschinen von der Schuld freizusprechen**.

„Dies hat Auswirkungen auf die politischen Maßnahmen, die zur **Regulierung dieser Fahrzeuge** erforderlich sind“, sagt **Sydney Levine**, Wissenschaftlerin am Media Lab des MIT. Die Verantwortungsfrage müsse geklärt werden, „andernfalls wird die bestehende Unsicherheit die Weiterentwicklung und Akzeptanz von selbstfahrenden Fahrzeugen erschweren“, betont auch **Iyad Rahwan**, Direktor des Forschungsbereichs Mensch und Maschine am MPI. Denn die Ergebnisse würden vermuten lassen, „dass die Öffentlichkeit und vielleicht auch **Gerichte** dazu tendieren

würden, die Technik und somit die **Hersteller von der Verantwortung freizusprechen**“. Deshalb müsse die Politik daher „frühzeitig Sicherheitsstandards für teilautonome Fahrzeuge vorgeben, um dies zu korrigieren.“ *sal*

Merkel in Indien: Austausch über KI und E-Rikschas

Für Kanzlerin **Angela Merkel** (CDU) sowie vier Minister und acht Staatssekretäre beginnen heute in **Neu-Delhi** die deutsch-indischen Regierungskonsultationen. Bei dem zweitägigen Besuch geht es vor allem darum, den **Technologie-Austausch** mit Indien zu intensivieren. Themen wie „**Smart Cities**, erneuerbare Energien und neue Formen der Mobilität“ stehen im Mittelpunkt, wie Merkel bereits am vergangenen Wochenende in ihrem Videopodcast angekündigt hatte. Auch **Künstliche Intelligenz** wird ein Thema sein, wie Regierungssprecher **Steffen Seibert** am Mittwoch ergänzte.

Merkel wird begleitet von Außenminister **Heiko Maas** (SPD), Agrarministerin **Julia Klöckner**, Forschungsministerin **Anja Karliczek**, Kulturstatsministerin **Monika Grütters** (alle CDU), sowie acht Staatssekretären, nämlich aus dem BMF, BMI, BMZ, BMVI, BMVg, BMU und BMAS. Wirtschaftsminister **Peter Altmaier** (CDU) wird nach seinem Unfall am Dienstag von Staatssekretär **Christian Hirte** (CDU) vertreten.

Merkel wird auch von einer Wirtschaftsdelegation begleitet, die allerdings gesondert anreist, weil im **Regierungsflugzeug** der Kanzlerin nicht genug Platz war. Zu den Teilnehmern gehören **Stefan Mohr** (ABS Protection), **Paul Leibold** (Adaptive City Mobility), **Robin Trompeter** (Advanced Training Technologies), Axel Schweitzer (Alba), **Philipp Bayat** (Bauer Comp), **Michael Bültmann** (Here), **Swen Hermann Sewerin** (Hermann Sewerin GmbH), **Michael Kuhn** (Kuhn GmbH), **Klemens Rethmann** (Rhenus), **Rüdiger Ackermann** (Schill + Seilacher „Struktol“ GmbH), **Karl Rudolf Düster** (Seba Hydrometrie), **Joe Kaeser** (Siemens) und **Srita Heide** (Srita Heide International).

Geplant ist ein **Wirtschafts-Round-Table** unter Vorsitz der Kanzlerin und des indischen Premierministers **Narendra Damodardas Modi** sowie verschiedene Unternehmensbesuche. Unter anderem will sich Merkel **E-Rikschas** ansehen. *sal*

Hochrangige Regierungsmitarbeiter per WhatsApp ausgespäht

Mehrere **hochrangige Regierungsmitarbeiter** und Militärs aus mindestens **20 Ländern** sind nach Insider-Angaben Ziele von Spionageangriffen unter Zuhilfenahme des Messengerdienstes **WhatsApp** geworden. Das sagten mehrere Personen der Nachrichtenagentur Reuters, die mit einer internen Untersuchung der Facebook-Tochter vertraut sind. Mit einer **Spionage-Software** konnten demnach die Smartphones der Betroffenen ausgespäht werden.

Am Dienstag hatte WhatsApp gegen die israelische Software-Firma **NSO Group** Klage eingereicht. Die US-Firma wirft NSO vor, ein Spionage-Programm entwickelt und verkauft zu haben, das sich eine **Sicherheitslücke** in den WhatsApp-Servern zu Nutze gemacht habe. Damit hätten NSO-Kunden die Smartphones von mindestens

1.400 WhatsApp-Nutzern „gehackt“. NSO hatte dazu erklärt, seine Spionagesoftware nur an Regierungen zu verkaufen, damit diese sie zur Terror- und Kriminalitätsbekämpfung einsetzen könnten. Zu den neuen Vorwürfen war von NSO zunächst **keine Stellungnahme** zu erhalten. *Reuters*

Werbe-Stopp bei Twitter: Deutsche Parteien reagieren verhalten

Deutsche Parteien haben verhalten auf die Entscheidung von **Twitter** reagiert, weltweit keine politischen Inhalte mehr als **Werbung** zu verbreiten. „Die Argumentation von Twitter, dass Reichweite für politische Botschaften verdient werden muss, statt erkaufte zu werden, finde ich prinzipiell richtig“, sagte Linken-Bundesgeschäftsführer **Jörg Schindler**. „Damit das auch greifen würde, müssten aber auch die Algorithmen, nach denen diese Reichweite verdient wird, fair und transparent sein.“ Solange Twitter da nicht vorangehe, sehe er in der Entscheidung „im Wesentlichen einen **PR-Gag**“.

Die **SPD-Bundestagsfraktion** nahm die Ankündigung grundsätzlich positiv auf. Es brauche „klare Regelungen für bezahlte politische Werbung in sozialen Netzwerken“, sagte der rechtspolitische Sprecher **Johannes Fechner**. Der weltweite Stopp soll nach Angaben von Twitter vom 22. November an greifen, die ausführlichen Regeln dazu sollen eine Woche davor vorgestellt werden. „Da ein solches Verbot auch ein zweischneidiges Schwert sein kann, werden wir uns die Richtlinien sehr genau ansehen, was genau Twitter unter „**politischen Inhalten**“ versteht“, sagte Fechner.

Werbung bei Twitter sind zum Beispiel Tweets, die gegen Bezahlung im Nachrichtenstrom von Nutzern platziert werden können - auch wenn sie dem Account nicht folgen. Vom Bundespresseamt, der SPD-Fraktion und der Linken hieß es, dass man **keine Anzeigen** oder gesponserte Tweets geschaltet habe. Ein Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag erklärte, bezahlte Inhalte spielten bei den Social-Media-Aktivitäten nur eine untergeordnete Rolle. *dpa*

Background Förderung

NRW.Bank gibt vergünstigte Kredite für Digitalisierung

Wer wird gefördert?

Antragsberechtigt sind mittelständische Unternehmen mit bis zu 500 Millionen Euro Jahresumsatz, die seit mindestens zwei Jahren am Markt sind, sowie Angehörige der freien Berufe.

Was wird gefördert?

Förderziele sind

- digitale Produktion und Verfahren wie zum Beispiel die vollumfängliche Vernetzung der Ressourcenplanung (ERP-System) und der

Produktionssysteme oder der Ausbau innerbetrieblicher Breitbandnetze (> 100 MBit/s symmetrisch),

- digitale Produkte wie zum Beispiel der Aufbau und Verbesserung von digitalen Plattformen oder die Entwicklung von digitalen Standards und Normen sowie
- digitale Strategie und Organisation wie zum Beispiel die Entwicklung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie oder die Entwicklung eines IT-, Datensicherheits- oder Social-Media-Kommunikationskonzepts.

Wie wird gefördert?

Die Förderung besteht in zinsgünstigen Ratendarlehen und endfälligen Darlehen. Die förderfähigen Kosten werden mit bis zu 100 Prozent finanziert. Der Mindestkreditsatz liegt bei 25.000 € und die Laufzeit bei 3 bis 10 Jahren mit festem Zinssatz.

Wie läuft das Antragsverfahren?

Der Antrag für das Darlehen und gegebenenfalls die Bürgschaft sind bei der eigenen Hausbank zu stellen.

[Weitere Informationen](#)

Background Im Porträt



Marietje Schaake

Director for International Policy am Cyber Policy Center der Universität Stanford

Als **Marietje Schaake** Ende September zum Interview in ein Café in Amsterdam kommt, sind ihre Koffer bereits gepackt, in wenigen Stunden geht ihr Flug in die USA. Die ehemalige niederländische Europaabgeordnete von der **liberalen Partei D66** startet ihren nächsten Karriereschritt an der Universität Stanford im Herzen des Silicon Valleys: Ab heute hat sie hier einen neuen Job als „**Director for International Policy**“ am „**Cyber Policy Center**“. Nebenbei ist sie Fellow am im Frühjahr an den Start gegangenen „**Institute for Human-Centered Artificial Intelligence**“, kurz: **Stanford HAI**. Damit endet ihre Politikkarriere nach zehn Jahren im Europäischen Parlament vorerst, bei der Wahl im vergangenen Mai trat die heute 41-Jährige nicht mehr an, nachdem sie den Kampf um die Spitzenkandidatur ihrer Partei verloren hatte. Als renommierte, über Parteigrenzen hinweg geschätzte Experte für Digitales, sucht Schaake sich nun neue Wirkungsorte.

Unterstützer für neues Cyber-Peace-Institut gesucht

Zum Beispiel als Präsidentin des im September gegründeten „**Cyber Peace**“-Instituts, einer [internationalen NGO mit Sitz in Genf](#). Diesen Job wird sie in Teilzeit neben den neuen Aufgaben an der Universität ausüben. „Wir können nicht vorhersagen, welche Cyberangriffe kommen werden, aber wir wissen mit Sicherheit, dass sie kommen werden“, sagt Schaake über die eskalierende Sicherheitslage. Deswegen sei es wichtig, denen zu helfen, die als **Unbeteiligte in Cyberkonflikte** mit hineingezogen werden und sich

nicht selbst schützen können. Denn Ziel von Angriffen seien häufig öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen, aber auch NGOs oder speziell Menschenrechtsorganisationen. Wie das Institut dabei helfen kann, muss sich noch zeigen.

Die neue Organisation sucht auch noch Unterstützer. **Partnerschaften und Allianzen** – gerne auch mit deutschen Unternehmen – auszuloten dürfte eine ihrer Hauptaufgaben als Präsidentin des Instituts werden. Cyberangriffe seien ein **sensibles Thema für die Privatwirtschaft**. Für Firmen sei es nicht immer leicht, zuzugeben, dass es einen Vorfall oder eine Sicherheitslücke gab. „Aber wir hoffen, dass sich auch Unternehmen an der **kollektiven Aufklärung** beteiligen wollen – indem sie relevante Informationen veröffentlichen, aber beispielsweise auch das Institut finanziell unterstützen“, so ihr Appell. Dass die Aufklärung von Vorfällen so öffentlich wie möglich stattfindet, hält Schaake für unerlässlich.

Dem IT-Nachwuchs das Demokratie-ABC auf den Weg geben

Wenn sie in Stanford im Frühjahr ihren ersten Kurs gibt, will sie der **nächsten Generation von IT-Studierenden**, die möglicherweise die nächste große App entwickeln, lieber ein **Gespür für unsere Rechtsordnung** mit auf den Weg geben: In welchem Kontext wurde beispielsweise die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgelegt? Wofür sind **Handelsabkommen** da und welchen Nutzen haben sie? „Diesen Hintergrund sollten sie haben, wenn sie anfangen zu arbeiten“, findet Schaake. Die jungen Leute von heute seien aber sehr **werteorientiert**, meint sie und ist zumindest in dieser Hinsicht optimistisch.

Es sei entscheidend, dass Gesetze auch in der digitalen Welt angewandt und durchgesetzt werden müssen. Die „**Normenagenda**“ nennt sie dieses übergreifende Ziel, dem sich die studierte Amerikanistin schon als Europaparlamentarierin verpflichtet gefühlt hat, zum Beispiel als sie für **Exportkontrollen für Überwachungstechnologien** oder für einheitliche **Urheberrechtsregelungen** im europäischen Binnenmarkt stritt. „Neben den positiven Effekten von neuen Technologien, stellen sie unsere **Rechtstaatlichkeit und Demokratie** auf die Probe“, befürchtet Schaake. „Wie wir die **internationale Ordnung** in Zeiten der Digitalisierung gestalten können, möchte ich jetzt wissenschaftlich erforschen.“

Dass diese Fragen **gar nicht trivial** sind, weiß Schaake – bei allem Enthusiasmus für die westlichen Werte. **Gleichbehandlung** sei beispielsweise ein zentrales Prinzip in unseren Rechtsordnungen. Aber wie soll man feststellen, ob ein Algorithmus, den eine Firma einsetzt und der kommerziell geschützt ist, diskriminiert? Und was, wenn er es tut? „Es klingt so einfach, aber das sind zentrale Herausforderungen für die **Durchsetzung und Überwachung der Regeln**, die wir haben“, erkennt sie an. Für die als höchst ambitioniert geltende Ex-Politikerin Schaake kommt der Wechsel nach Stanford zum richtigen Zeitpunkt. Sie spüre einen „**sense of urgency**“, diese zentralen Fragen jetzt zu klären.

„Ein ganzes Leben in der Politik ist ungesund“

Von der aktuellen Debatte um **ethische Standards für Künstliche Intelligenz** (KI) hält Schaake hingegen wenig: „Das ist alles nur sinnvoll, wenn es tatsächlich Sanktionen gibt, wenn ethische Standards missachtet werden.“ Die Debatte sei bisher eher eine „**Ablenkung**“ davon, dass es

Gesetze gibt, die angewandt werden müssen. Auch an ihrem KI-Institut in Stanford wird sie geführt.

Wie lange sie in Stanford bleibt, hält sie sich offen. Und eine **Rückkehr in die Politik**? Das schließt sie nicht kategorisch aus, es stünde aber aktuell nicht auf ihrer Agenda. „Für mich ist am wichtigsten, für das **Gemeinwohl** zu arbeiten und nicht etwa für Unternehmensinteressen“, sagt Schaake über die Zukunft. Es gebe zwar jede Menge „**unfinished business**“ für sie im Europäischen Parlament, aber sie weiß auch: „Wenn du in der Politik alles zu Ende bringen willst, was du angefangen hast, dann wirst du dein ganzes Leben in der Politik verbringen müssen. Und das ist nicht gesund.“

IGF muss konkrete Ergebnisse liefern

Nach Deutschland kommt Schaake das nächste Mal voraussichtlich Ende November zum **Internet Governance Forum (IGF)**, in dessen Rahmen sie sich seit Jahren engagiert. Eine gewisse Ungeduld legt Schaake auch im Gespräch über das Forum an den Tag: „Das Risiko ist, dass das IGF für den Prozess, aber nicht für **Ergebnisse** steht.“ Sie findet deshalb gut, dass das Forum diesmal in Deutschland stattfindet: „Die Deutschen sind ja sehr gut darin, Ergebnisse auszuhandeln.“ Der Zivilgesellschaft empfiehlt Schaake, sich strategischer zu organisieren – auch im Rahmen des IGF. „Sonst gewinnen nur die großen Player.“ *Lina Rusch*

Drei Fragen an Marietje Schaake

1) Welche Innovation wünschen Sie sich?

Weniger eine Innovation als dass sich demokratisch gewählte Regierungen und Technologieunternehmen endlich stärker für eine regelbasierte Gestaltung der geopolitischen Tech-Sphäre einsetzen.

2) Wer aus der Digitalszene hat Sie beeindruckt?

Das Citizen Lab an der Universität Toronto hat sehr wertvolle Arbeit geleistet und strukturell aufgezeigt, wo Menschenrechte mit kommerziellen Überwachungstechnologien verletzt werden.

3) Als Digitalministerin würde ich...

...dafür sorgen, dass unser Rechtsstaat nicht durch neue Technologien ausgehebelt wird. Denn diese bringen nicht nur Vorteile und neue Freiheiten mit sich. Eine Steuerung des Prozesses ist essenziell.

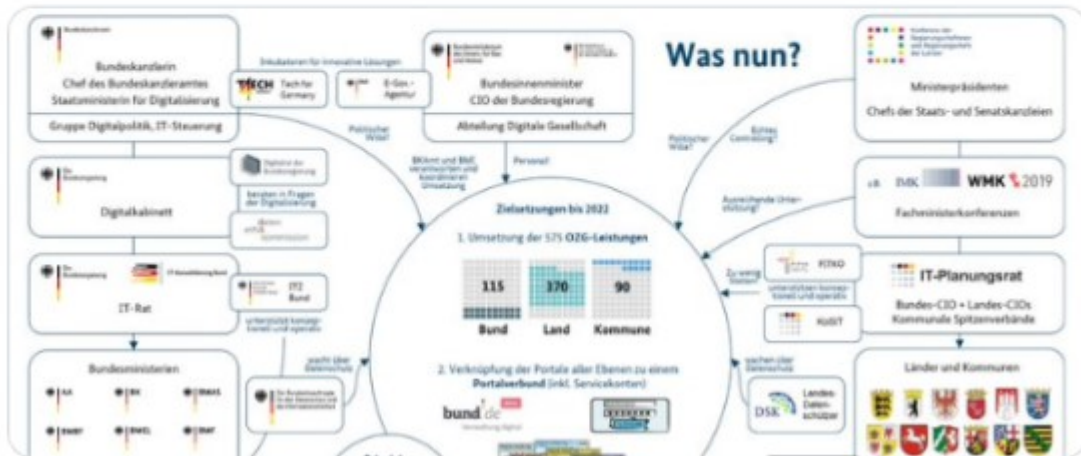
Background Tweet des Tages



Sven Hense
@eGovBonn















Happy #Halloween2019 🎃 Ihr Verwaltungsrebellin und Prozessoptimierer. Gruselt euch schön heute Abend! 🎃



EMPFEHLEN SIE BACKGROUND WEITER



Ihr Background-Team

- Sonja Álvarez  
- Sebastian Christ  
- Paul Dalg 
- Viola Heeger 
- Matthias Punz 
- Lina Rusch  
- Miriam Schröder 
- Oliver Voß  

Marie Zahout



- Fotohinweise -

Merlijn Doomernik (Marietje Schaake)

Der Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI erscheint täglich als E-Mail-Briefing um 6 Uhr. Alle Artikel und weitere Entscheider-Briefings finden Sie auf unserem Portal unter background.tagesspiegel.de.

- IMPRESSUM -

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke

Chefredakteure, v.i.S. von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller von Blumencron

AG Charlottenburg HRB 43850, UID: DE 151725755, Fax: (030) 29021-599

Redaktion: Sonja Alvarez, Sebastian Christ, Paul Dalg, Viola Heeger, Lina Rusch, Matthias Punz, Oliver Voss, Marie Zahout

Fragen zu redaktionellen Inhalten, zum Datenschutz & technischen Problemen: background-digitalisierung@tagesspiegel.de

Fragen zu Anzeigen: anzeigen@tagesspiegel.de

Fragen zum Abonnement: background.service@tagesspiegel.de

[DATENSCHUTZ](#) | [KONTAKT](#) | [IMPRESSUM](#)

Sie wollen das Background-Briefing nicht mehr erhalten?

Einfach hier klicken: [Briefing abbestellen](#)